

Ergebnisbericht AG Energiefragen und Wasserwirtschaft am 09.01.2025 (digital)

Teilnehmende: Michal Walter (BRW), Thorsten Böer (EGLV), Meike Ziemer (EGLV), Anke Hempesch (Erftverband), Per Seeliger (Erftverband), Bernhard Kames (LINEG), Niklas Eckardt (LINEG), Petra Reinders (LINEG), Alexandra Hurschler (Niersverband), Johannes Bürger (Niersverband), Oliver Seidel (Ruhrverband), Tatjana Tillmanns (Ruhrverband), Melchior Urbantat (Wahnachtalsperrenverband), Daniel Lindemann (Wasserverband Eifel-Rur), Giacomo Taubert (Wasserverband Eifel-Rur), Britta Schepp (Wasserverband Eifel-Rur), Daniel Herold (Wupperverband), Marcel Willms (Wupperverband), Jennifer Schäfer-Sack (agw), Petra Kuhr (agw)

Entschuldigt: Thomas Bauer (Aggerverband), Dieter Wonka (Aggerverband), Christian Uhlenbroich (BRW), Jörg Clauberg (BRW), Ludger Schild (EGLV), Katja Raith (EGLV), Bastian Jungblut (EGLV), Birte Sommerfeld (EGLV), Michaela Meger (Niersverband), Britta Leue (Ruhrverband), Birgit Kraft (Wasserverband Eifel-Rur),

Tagesordnung:

0. Begrüßung und Ergebnisbericht der letzten Sitzung
1. Aktuelles aus der Wasserpolitik mit Bezug zu Energiethemen (agw)
 - a. Neue Kommunalabwasserrichtlinie
 - b. Wunschliste Bundestagswahl
2. Ausweitung der Eigenenergieerzeugung: Sachstandsbericht Änderung der Sondergesetze (agw)
3. Allgemeiner Austausch zu weiteren Themen (alle):
 - a. Auditierungen, auch in Bezug auf EnEfG
 - b. Bilanzkreisläufe
 - c. Energiesteuer/Stromsteuer
 - d. Wärmethemen
 - e. Sonstiges (Rückforderungsansprüche StromPB; EnSimiMaV; Förderprogramme; Mobilitätskonzepte; etc.)
4. Verschiedenes
 - a. BEHG und EU-ETS2
 - b. Nächster Termin und Arbeitsweise

Zu TOP 0: Begrüßung und Ergebnisbericht der letzten Sitzung

Frau Schäfer-Sack begrüßt die Teilnehmenden. Die Sitzung findet kurzfristig witterungsbedingt nicht in Präsenz, sondern digital statt. Frau Schäfer-Sack bedankt sich für die Flexibilität und die große Anzahl an Teilnehmenden. Es wird vereinbart, dass die Sitzung in Präsenz beim Wahnachtalsperrenverband innerhalb des ersten Halbjahres 2025 nachgeholt werden wird.

Aufgrund einiger neuer Kolleginnen und Kollegen im Kreis der Arbeitsgruppe folgt eine Vorstellungsrunde.

Die Teilnehmenden haben keine Anmerkungen zum Ergebnisvermerk der letzten Sitzung am 18.10.2023 in Düren. Es gibt keine Ergänzungen zur Tagesordnung.

Zu TOP 1: Aktuelles aus der Wasserpolitik mit Bezug zu Energiethemen (agw)

Frau Schäfer-Sack berichtet anhand eines Foliensatzes über die aktuellen Themen mit Wasserbezug in der Europa-, Bundes und Landespolitik. Der Foliensatz wird im Nachgang der Sitzung im agw-

Intranet hinterlegt. Insbesondere die Umsetzung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie in deutsches Recht wird in den kommenden Monaten prioritär zu behandeln sein. Die agw hat dazu eine Querschnittsgruppe eingerichtet, die den Umsetzungsprozess begleiten wird. Die Teilnehmenden werden gebeten, sich im Nachgang bei Frau Schäfer-Sack zu melden, wenn sie an einer Mitwirkung interessiert sind.

Die Teilnehmenden tauschen sich zur Kommunalabwasserrichtlinie aus. Insbesondere das Thema der Energieneutralität und des in Artikel 11 genannten Begriffs des Gesamtenergieverbrauchs werden intensiv diskutiert. Fragen bestehen zu den zu berücksichtigenden Energien (Primär- und Sekundärenergieverbrauch). Frau Kuhr wird im Nachgang der Sitzung die Begleitdokumente der EU-Kommission dazu sichten und die Informationen an die Teilnehmenden weiterleiten.

Auf Bundesebene ist durch den Bruch der Regierungskoalition nicht mehr mit einer zügigen Umsetzung der verschiedenen Gesetzgebungsprozesse im Energiebereich zu rechnen. Herr Seidel weist darauf hin, dass davon auch die Nutzungsgradänderung im Energieeffizienzgesetz betroffen ist, was nach derzeitigem Stand der Diskussion dazu führt, dass für das Jahr 2025 wieder ein Hocheffizienznachweis für BHKWs geführt werden muss, da das Abgrenzungskriterium für hocheffiziente KWK-Anlagen von weniger als 270 g CO₂-Emissionen je Kilowattstunde Energieertrag durch die noch nicht erfolgte Gesetzesänderung noch nicht greift. Es wird vereinbart, dazu eine Passage in die agw-Position zur Bundestagswahl aufzunehmen. Die agw-Geschäftsstelle wird dazu ebenfalls den Austausch mit der AÖW suchen.

Die Teilnehmenden tauschen sich zum Energieeffizienzgesetz und zu der Einschätzung der Verbandsjuristen zur Anwendung in den sondergesetzlichen Wasserverbänden aus. Es ergeht ein Hinweis auf drei neue Merkblätter der BAFA, die im agw-Intranet hinterlegt werden.

Die Teilnehmenden tauschen sich intensiv zu den Änderungen und den weiteren Umsetzungsprozess des Umsatzsteuer-Durchführungserlasses bei KWK-Anlagen aus. Frau Schepp wird hierzu eine Information von BBH und Herr Seeliger eine Information der Kanzlei Rödel + Partner den Teilnehmenden zur Verfügung stellen.

Bezüglich der Beschleunigungsvorhaben der Bundesregierung im Bereich Energie hat die LAWA eine Übersicht erstellt, die im agw-Intranet hinterlegt ist.

Frau Schäfer-Sack gibt einen kurzen Überblick über die Energieschwerpunkte in den Wahlprogrammen anlässlich der vorgezogenen Bundestagswahl 2025. Die Teilnehmenden diskutieren u.a. über die von der FDP geforderte Abschaffung der Netzanschlussverpflichtung, die dazu führen kann, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien stark eingeschränkt werden wird.

Zu TOP 2: Ausweitung der Eigenenergieerzeugung: Sachstandsbericht Änderung der Sondergesetze (agw)

Frau Schäfer-Sack erläutert kurz die von der agw gewünschten Änderungen der Verbandsgesetze im Bereich Energie. Derzeit wird im MUNV an der Erstellung eines Referentenentwurfs gearbeitet. Die Teilnehmenden diskutieren über Probleme bei der Einspeisung überschüssigen Stroms, Zugriffsrechte Dritter auf KRITIS-Anlagen sowie die Vor- und Nachteile einer Direktvermarktung (Ausspeisung). Es wird vereinbart, die Thematik sowohl in der nächsten Arbeitsgruppensitzung im Frühjahr 2025 beim Wahnachtalsperrenverband und beim nächsten ATI-Treffen in Dresden anzusprechen.

Die Teilnehmenden tauschen sich weiter zu allgemeinen Hemmnissen (4,5 km Grenze bzgl. Stromsteuerbefreiung), zu Wirtschaftlichkeitsaspekten (Netzanschlusskosten und Einspeisenentgelten) aus.

Der Referentenentwurf zu den Verbandsgesetzen wird bei Vorlage in der Arbeitsgruppe verteilt und eine Mitwirkung eröffnet.

Zu TOP 3: Allgemeiner Austausch zu weiteren Themen (alle):

Die Teilnehmenden tauschen sich zum Thema Bilanzkreislaufmodell aus. Einige Verbände haben bereits eine Umstellung vorgenommen, bzw. befinden sich im Umsetzungsprozess oder planen eine Umstellung nach Beendigung der laufenden Verträge. Andere befinden sich in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung. Es folgt eine Diskussion über die jährlichen Kosten sowie über den Betrieb von Messstellen und die Messstellenkommunikation sowie über die eingesetzte Software und die Vorteile und finanziellen Einsparungsmöglichkeiten.

Die Teilnehmenden tauschen sich darüber hinaus über die Rückforderungsansprüche und Verjährungsfristen der Strompreisbremse aus. Nur wenige Verbände haben eine „Vorsorglichkeitserklärung“ im Sinne der Strompreisbremse abgegeben. Derzeit liegen noch keine Rückmeldungen dazu vor. Es wird vereinbart, das Thema Ende 2025 auf Wiedervorlage zu setzen. Sollte sich vorab ein neuer Sachstand ergeben erfolgt eine Info an den Kreis.

Die LINEG plant Solarfaltanlagen auf Beleungsbecken einzurichten. Im Zuge des Planungsprozesses kam seitens des Anbieters die Frage auf, ob die Baumaßnahme im Sinne des § 12 Absatz 3 Nummer 1 Umsatzsteuergesetz befreit ist. Dies ist der Fall, wenn PV-Anlagen an öffentlichen Gebäuden installiert werden. Die LINEG hat daraufhin eine positive Einschätzung ihres Finanzamtes herbeigeführt. Die Teilnehmenden diskutieren die Optionen und über Erfahrungen in Bezug auf verbindliche Auskünfte. Herr Taubert weist auf die FAQ-Liste des BMF zu Photovoltaik-Anlagen hin. Herr Kames wird prüfen, ob die Informationen der Finanzverwaltung an die Teilnehmenden weitergegeben werden können. Es folgt ein kurzer Austausch zu Freiflächen-PV Anlagen

Zu TOP 4: Verschiedenes

Frau Kuhr gibt einen kurzen Überblick über den aktuellen Sachstand zur Umsetzung des EU-ETS2 in deutsches Recht. Durch den Bruch der Regierungskoalition ist das Gesetzesvorhaben ins Stocken geraten, sodass nicht ausgeschlossen werden kann, dass es zu einer Berichtspflicht für Klärgas kommen kann. Die agw wird den Fortschritt des Gesetzesvorhabens im Blick behalten. Die Teilnehmenden diskutieren, ob auch Klärschlammverbrenner davon betroffen sind. Die agw wird den Gesetzesentwurf dahingehend prüfen. Die Thematik sollte zudem beim nächsten ATI-Treffen erörtert werden.

Die nächste Sitzung wird angesichts der vielen anstehenden Themen zwischen dem ATI-Treffen im April und den Sommerferien 2025 beim Wahnachtalsperrenverband stattfinden. Die Terminfindung wird im Nachgang der Sitzung über den DFN-Terminplaner erfolgen.

Gez. Jennifer Schäfer-Sack